

# Löcher-Stopfen reicht nicht

## Lehrkräfte-Bedarf und Lehrkräfte-Ausbildung in Bremen

Jürgen Burger

■ Scheinbar wie ein Naturereignis ist in den letzten Jahren überall in Deutschland ein teilweise dramatischer Lehrkräfte-Mangel eingetreten. Die offizielle Erklärung: Die Geburtenzahlen und die Zuwanderung sind unerwartet hoch angestiegen. Die Schülerzahl-Prognose der Kultusministerkonferenz von 2013 hat sich als zu niedrig erwiesen. Statt vorausgesagter 8,0 Mio. gab es im letzten Schuljahr 8,4 Mio. Schüler\*innen in Deutschland. Und die Zahl wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Schwerpunkt sind dabei die Großstädte.

### Vier Studiengänge geschlossen

Aber die offizielle Erklärung ist nur die halbe Wahrheit. Ein weiterer Grund für den Mangel besteht darin, dass unter dem Diktat der Schuldenbremse nicht genug für die Ausbildung von Lehrkräften geschehen ist. Allein in Bremen wurden in den letzten 15 Jahren vier Studiengänge geschlossen: Behindertenpädagogik, Deutsch als Zweitsprache, Sport und Arbeitslehre. Zugleich wurde auch noch 2013 die Zahl der Referendariatsplätze von 550 auf 450 gekürzt, um aktuelle Haushalts-Löcher zu stopfen – eine abenteuerliche Zukunftsplanung! Die GEW hat oft genug gegen die Kürzungen protestiert und vor den Folgen gewarnt (2007/08 gegen Streichung der Studiengänge und 2013 gegen die Kürzung der Referendariatsplätze). Denn der Einstellungsbedarf in Bremen und Bremerhaven ist in den letzten Jahren besonders hoch gewesen, weil die »starken Jahrgänge«, die Ende der 70er Jahre Berufsanfänger waren, das Ruhestands-Alter erreicht hatten und in den 80er und 90er Jahren fast gar nicht eingestellt wurde. In Bremen gingen nach 2010 jedes Jahr bis zu 300 der ca. 5.000 Lehrkräfte in die Pension bzw. Rente. Als Notmaßnahme deckte man den Bedarf mit Studierenden und Seiteneinsteiger\*innen ab. Zurzeit unterrichten

hier über 700 Vertretungskräfte ohne abgeschlossene Ausbildung. Und die Bildungsbehörde setzt weiter auf kurzfristiges Löcher-Stopfen. Erst durch die Weigerung von Personalrat und GEW, der Ausweitung des Einsatzes von Studierenden als Vertretung zuzustimmen, wurde durchgesetzt, dass die Zahl der Referendariatsplätze wieder auf jetzt 580 aufgestockt wurde. Dies war ein wichtiger Teilerfolg. Aber wenn jetzt nicht weitere Maßnahmen folgen, würden sich am LIS aufgrund der starken Beanspruchung die Ausbildungsbedingungen verschlechtern.

### Forderungen:

#### Investitionen in die Ausbildung

- Das LIS braucht eine deutlich besseren Ausstattung, um die Ausbildungsqualität zu steigern. Gleichzeitig müssen die Mentor\*innen an den Schulen stärker entlastet werden, damit sie sich besser um die Referendar\*innen kümmern können. Eine halbe Unterrichtsstunde pro Fach ist zu wenig. Und auf der anderen Seite ist der bedarfsdeckende Unterricht zu hoch, sodass kaum Zeit für Hospitationen und Beratung verbleibt.
- Die an der Universität gestrichenen Studiengänge müssen neu eingerichtet werden. Deutsch als Zweitsprache, Sport und Arbeitslehre sind Fächer, deren Bedarf zurzeit und in Zukunft groß ist, zumal der Mangel auch in anderen Bundesländern besteht. Die Lehrkapazitäten in Inklusiver Pädagogik und Deutsch als Zweitsprache müssen erweitert werden, da in der Inklusion und in der Sprachförderung von Schüler\*innen mit Migrationshintergrund die größten Herausforderungen der Schulen liegen. Die Grundmittel, die das Land der Universität zuweist, müssen prioritär in die Deckung dieses Bedarfs fließen.
- Solange nicht grundständig ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung

stehen, sind die Notmaßnahmen, wie die Qualifizierung von Seiteneinsteigern und die Weiterbildung in Inklusiver Pädagogik, weiterzuführen.

### Verbesserung der Arbeits- und Anstellungsbedingungen

- Seit 2007 fordern es GEW und Personalrat, jetzt hat es die Evaluation des Bremer Schulsystems bestätigt: Es muss mehr Kooperationszeiten geben, um die Schulen weiter zu entwickeln. Die Unterrichtsverpflichtung ist zu hoch, um »nebenbei« noch ausreichend zu kooperieren. Hierfür müssen die Schulen Entlastungskontingente erhalten, die durch die Gesamtkonferenzen verteilt werden. Auch für Fortbildungen muss es ausreichende Entlastungen geben.
- Zugleich ist eine generelle Senkung der Pflichtstundenzahl um eine Stunde notwendig, um wenigstens eine Angleichung an Niedersachsen zu erreichen. Dort ist die Pflichtstundenzahl in den meisten Schularten um 0,5 bis 2,5 Wochenstunden niedriger.
- Im Bereich der Beschäftigungsbedingungen ist eine Anhebung der nach A12/E11 besoldeten Lehrkräfte nach A13/E13 überfällig. Mehrere Bundesländer haben diese Anpassung durchgeführt oder eingeleitet. Die Situation Bremens in der Konkurrenz um Fachkräfte würde sich ohne eine solche Anhebung weiter verschlechtern.

### Anzeige

**Für Segelfahrten  
in Holland  
schauen Sie ...**



**www.segeln.nl**

Für Klubs, Schul / Jugendgruppen,  
Incentives oder Einzelteilnehmer

**REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND**

Geewijkade 9, 8651 AA IJLST  
tel. 0031 - 515 - 531485  
fax 0031 - 515 - 532630